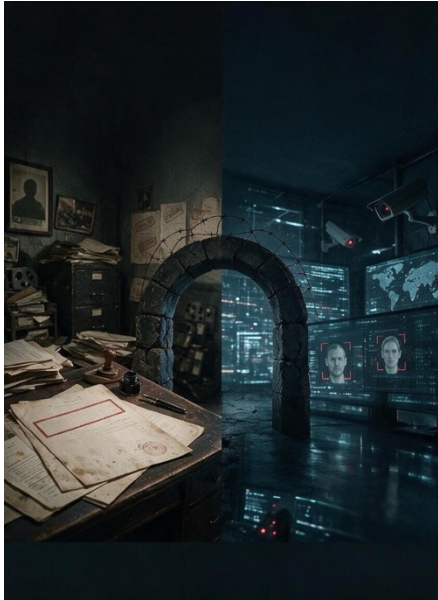




Repression, Überwachung und Berufsverbote

Damals und heute

Hans-Joachim Wunderlich

wu@hjjwunderlich.de

1

1

Gefährliche Zeiten

Kriegsvor-
bereitung

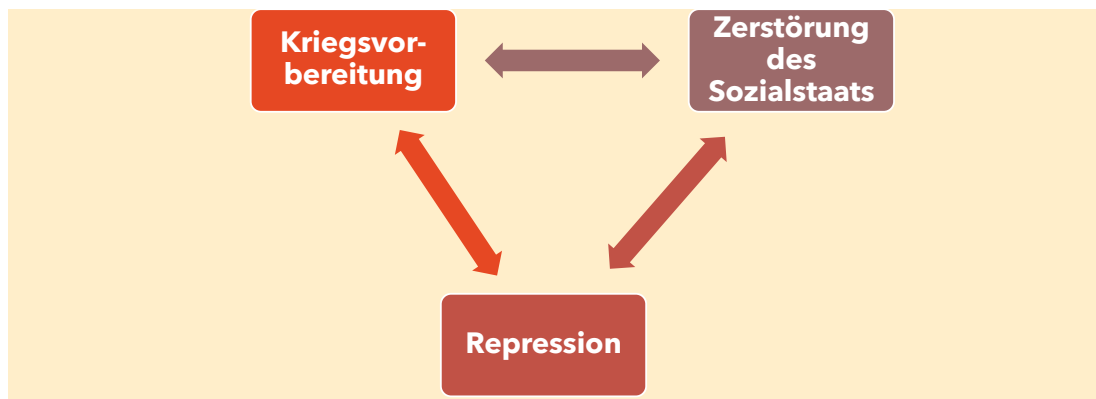


Zerstörung des
Sozialstaats

2

2

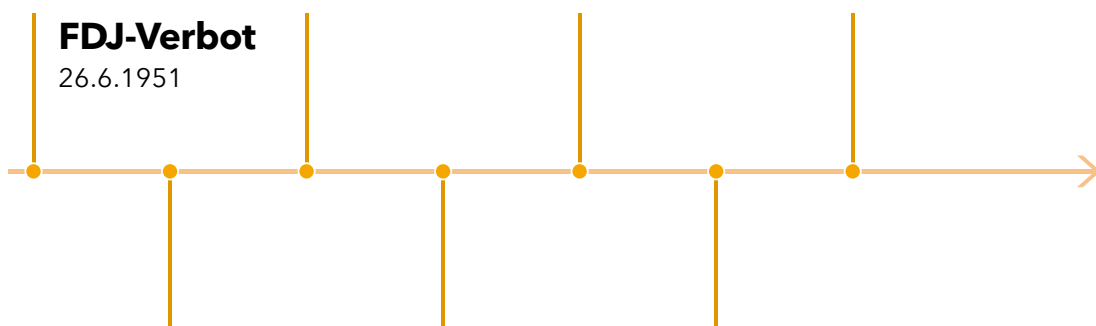
Gefährliche Zeiten



3

3

Meilensteine der Repression



4

4

FDJ-Verbot durch die Adenauer-Regierung

- Vereinigungsverbot nach §9, Abs. 2 GG (kein Parteiverbot).
- Angeführte Gründe:
 - FDJ sei von SED gesteuert
 - Richte sich gegen freiheitlich-demokratische Grundordnung der BRD
 - **Kampagne gegen die Wiederbewaffnung Westdeutschlands sowie die Beteiligung an der von der DDR unterstützten Volksbefragung gegen die Remilitarisierung.**



DDR Museum Berlin

5

5

1951-1968: Die Staatsgewalt wütet

- FDJ-Verbot am 16.7.1951 letztinstanzlich bestätigt
- Strafverfolgung wegen des FDJ-Verbots wird statistisch nicht gesondert erfasst.
- 35 189 FDJ-Ermittlungsverfahren
 - Gegen 6 429 FDJ-Mitglieder
 - 425 Prozesse
 - 1 012 Jahre Haft
- **Philipp Müller** (5.4.1931-11.5.1952)
- Erster Demonstrant, der in der BRD von Polizei erschossen wurde.
- Essen: „Jugendkarawane gegen Wiederaufrüstung und Generalvertrag“
- 30 000 Teilnehmer, von FDJ mit mobilisiert



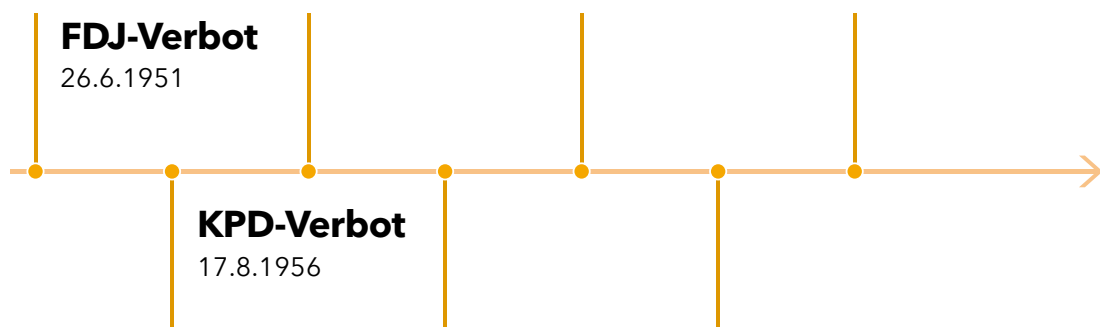
<https://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/de/article/3038.kpd-verbot-vor-60-jahren.html>

Bundesarchiv, Bild 183-14859-043 / CC-BY-SA 3.

6

6

Meilensteine der Repression



7

7

KPD-Verbot: Grund und Begründung

Begründung

- KPD wurde unterstellt:
 - Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung
 - Kampf für sozialistische Diktatur nach sowjetischem Vorbild
 - Planmäßige und kämpferische Verfolgung der Ziele

Grund

- Die KPD gehörte Anfang der 1950er Jahre zu den entschiedensten Gegnern
 - der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik,
 - des Generalvertrags,
 - der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG),
 - und später des NATO-Beitritts.

BVerfGE 5, 85 – KPD-Verbot (17.08.1956)

8

8

Chronologie der Wiederbewaffnung

4. April 1949	Gründung der NATO	23. Oktober 1954	Unterzeichnung der Pariser Verträge
23. Mai 1949	Gründung der Bundesrepublik Deutschland	5. Mai 1955	Inkrafttreten der Pariser Verträge; weitgehendes Ende des Besatzungsstatuts
7. Oktober 1949	Gründung der DDR	9. Mai 1955	Beitritt der Bundesrepublik zur NATO
26. Juni 1951	Verbot der FDJ in Westdeutschland	12. November 1955	Gründung der Bundeswehr (Ernennung der ersten Freiwilligen)
23. November 1951	Antrag der Bundesregierung auf Verbot der KPD	14. Mai 1955	Gründung des Warschauer Vertrags als Reaktion auf den NATO-Beitritt der Bundesrepublik
26. Mai 1952	Unterzeichnung des Generalvertrags und des EVG-Vertrags	17. August 1956	Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgericht
11. Mai 1952	Demonstration gegen Wiederbewaffnung in Essen; Philipp Müller wird erschossen		
30. August 1954	Die französische Nationalversammlung lehnt die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) ab		

9

9

Die Folgen des KPD-Verbots

- Auflösung der KPD
- Einzug des Vermögens
- Verbot der Gründung von Ersatzorganisationen
 - Gilt bis heute
 - Bedroht immer noch demokratische Bewegungen

KPD-Mitglieder bei Verbot	78 000 - 85 000
Ermittlungsverfahren	125 000 - 200 000
Verurteilungen	7 000 - 10 000
Typische Freiheitsstrafen	3 - 12 Monate
Freiheitsstrafen für Funktionäre	1 - 2 Jahre

BVerfGE 5, 85 - KPD-Verbot (17.08.1956)

10

10

Eine persönliche Bemerkung

11

11

Meilensteine der Repression



12

12

Unterschriftensammlung gegen Vorbeugehaft

Die „Demokratische Aktion“ und die „Humanistische Union“ zogen gestern auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in München eine Zwischenbilanz ihrer Unterschriftensammlung gegen die geplante Vorbeugehaft. Innerhalb kürzester Zeit haben sich mehr als 300 „Repräsentanten des öffentlichen Lebens“ der Aktion angeschlossen. Unter ihnen die Professoren Ossi Flechtheim, Helmut Gollwitzer, Hartmut von Hentig, Walter Jens, der ehemalige evangelische Kirchenpräsident Martin Niemöller, der Rechtsanwalt Dr. Josef Augstein und der Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Schmid.

(Abendzeitung 8 Uhr Blatt)

Aus Humanistische Union,
Mitteilungen, 28. März 1969

13

13

Grundrechte außer Kraft

Notstandsgesetze regeln insbesondere:

- den Verteidigungsfall (Krieg oder bewaffneter Angriff),
- den Spannungsfall (unmittelbare Kriegsgefahr),
- den inneren Notstand (Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung),
- den Katastrophennotstand (Naturkatastrophen und besonders schwere Unglücksfälle),
- Handlungsfähigkeit von Bundestag und Bundesregierung.

Im Verteidigungsfall, innerer Notstand, Katastrophennotstand:

- Einschränkung von Grundrechten, z.B.
 - Freizügigkeit,
 - Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis,
 - Berufsfreiheit,
 - Eigentumsrechte (etwa für Requirierungen) – „Mein Auto bleibt zivil“
- Verpflichtung zu Dienstleistungen
 - Dienstleistungen,
 - Transportleistungen,
 - Unterstützung für die Versorgung der Bevölkerung und der Streitkräfte.

Art. 35, 80a, 87a, 91, 115a–115l GG

14

14

Widerstand gegen Notstandsgesetze



Foto: Heize Finko/Universität Konstanz

15

15

Der Spannungsfall

Der Spannungsfall nach 80a GG ist nirgendwo definiert:

- „Ist in diesem Grundgesetz oder in einem Bundesgesetz über die Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung bestimmt, daß Rechtsvorschriften nur nach Maßgabe dieses Artikels angewandt werden dürfen, so ist die Anwendung außer im Verteidigungsfalle nur zulässig, **wenn der Bundestag den Eintritt des Spannungsfalles festgestellt** oder wenn er der Anwendung besonders zugestimmt hat.“
- „Die Feststellung des Spannungsfalles ... bedarf **einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.**“



Foto: Heize Finko/Universität Konstanz

16

16

Der Spannungsfall heute



- **Roderich Kiesewetter** im Handelsblatt vom 29. September 2025:
- „Es sei am sinnvollsten, wenn der Spannungsfall ausgelöst würde.“
- „Dann könnten wesentliche Infrastrukturen durch die Bundeswehr geschützt und der Polizei an anderer Stelle mehr Optionen für den Schutz der Bevölkerung geboten werden.“
- „Deshalb muss dies auch wie ein Angriff betrachtet werden.“
 - Gemeint angebliche russische Drohnenüberflüge.

<https://www.cducs.de/abgeordnete/roderich-kiesewetter>
© Tobias Koch,

17

17

Der Sternmarsch auf Bonn und die Notstandsgesetze



Bild 7 von 13

Sternmarsch des Kuratoriums „Notstand der Demokratie“ und der „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“ auf Bonn am 11. Mai 1968 (© Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Ludwig Wegmann)

18

Beschlossen trotz heftiger Proteste: 30. 05.1968



19

19

Meilensteine der Repression



20

20

„Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“ (Beschluss der Regierungschefs der Bundesländer und des Bundeskanzlers Willy Brandt vom 28. Januar 1972)

- **1.** Nach den Beamtenengesetzen in Bund und Ländern darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt; Beamte sind verpflichtet, sich aktiv innerhalb und außerhalb des Dienstes für die Erhaltung dieser Grundordnung einzusetzen. Es handelt sich hierbei um zwingende Vorschriften.
- **2.** Jeder Einzelfall muss für sich geprüft und entschieden werden. Von folgenden Grundsätzen ist dabei auszugehen:
 - **2.1 Bewerber**
 - 1. Ein Bewerber, der verfassungsfeindliche Aktivitäten entwickelt, wird nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt.**
 - 2. Gehört ein Bewerber einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitliche und demokratische Grundordnung eintreten wird. Diese Zweifel rechtfertigen in der Regel eine Ablehnung des Einstellungsantrages.**
 - **2.2 Beamte**

Erfüllt ein Beamter durch Handlungen oder wegen seiner Mitgliedschaft in einer Organisation verfassungsfeindlicher Zielsetzung die Anforderungen des § 35 Beamtenrechtsrahmengesetz nicht, aufgrund derer er verpflichtet ist, sich durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen und demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten, **so hat der Dienstherr aufgrund des jeweils ermittelten Sachverhaltes die gebotenen Konsequenzen zu ziehen und insbesondere zu prüfen, ob die Entfernung des Beamten aus dem Dienst anzustreben ist.**
 - **3. Für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst gelten entsprechend den jeweiligen tarifvertraglichen Bestimmungen dieselben Grundsätze.**

21

21

Was war die Regelanfrage?

Wenn sich jemand für eine Stelle im öffentlichen Dienst bewarb – insbesondere als

- Lehrer,
- Hochschullehrer,
- Richter,
- Beamter,
- Post- oder Bahnbeamter,

fragte die Einstellungsbehörde **regelmäßig**, also ohne konkreten Verdacht, beim zuständigen Verfassungsschutz (oder MAD), ob dort Erkenntnisse über verfassungsfeindliche Aktivitäten der Person vorlagen.

Es ging nicht darum, ob jemand strafrechtlich verurteilt war, sondern ob die Sicherheitsbehörden Informationen gespeichert hatten, etwa über:

- Mitgliedschaften in als extremistisch eingestuften Organisationen,
- Kandidaturen für solche Parteien,
- Funktionen in entsprechenden Organisationen,
- Teilnahme an bestimmten politischen Aktionen oder Demonstrationen,
- Veröffentlichungen oder Redebeiträge.

Gesinnungsprüfung!

22

22

Warum Berufsverbote 1972 unter Brandt?

- Eindämmung des politischen Einflusses der DKP und anderer linker Gruppen.
- Individuelle Einschüchterung
- Isolation linker Organisationen.
 - Es gab kaum Berufsverbote gegen rechts
- Demonstration staatlicher Handlungsfähigkeit nach den Unruhen von 1968.
- Beruhigung rechter Kritik an Entspannungspolitik Ostpolitik.



© H. Christoph/Ullstein Bild

23

23

Aus: „Vergessene“ Geschichte
Politische Verfolgung in der BRD, Hannover 2016

ÖSTERREICH REPUBLIK XII

Berufsverbote 1967 – 1986: Zahlen und Namen

[illegible]

Folge des „Radikalerlasses“: Etwa 3,5 Millionen Personen wurden politisch überprüft. Die Geheimdienste meldeten den Einstellungsbehörden zwischen 25.000 und 35.000 „verdächtige“ Bewerber*innen. Mehr als 10.000 Berufsverbotsverfahren wurden eingeleitet, etwa 2.250 Bewerber*innen nicht eingestellt und 256 Beamte*innen entlassen. Die Dunkelziffer dürfte erheblich höher liegen. Nur die Öffnung der Archive von Geheimdiensten und Behörden könnte hier mehr Klarheit bringen.

Betroffene – eine unvollständige Liste

Die Liste enthält Namen, die nach Sichtung von zugänglichen Archiven zusammengestellt und publiziert wurden. Nicht aufgenommen wurden Fälle, deren Einstellung verzögert wurde oder die nach jahrelanger Verfolgung, soweit zu vermuten ist, schließlich ohne Einschränkung eine Anstellung im Staatsdienst erhielten.

[illegible]

24

24

Willy Brandt 1976: „Ich habe mich geirrt“



- **1972:** Entstehung bundesweiter Initiativen gegen Berufsverbote
- **GEW und DGB:** Rechtshilfe, Solidarität und politische Kampagnen
- **Internationale Kritik:** Amnesty Int., EGMR, ILO, u.v.a
- **Prominente Unterstützung:** Böll, Grass, Habermas u. v. a.
- **Langjährige Gerichtsverfahren** der Betroffenen
- **Politische Erfolge:** Rücknahme der Regelanfragen und später einige Rehabilitierungen
- **2023:** Kretschmann verweigert Entschuldigung, Rehabilitierung und Entschädigung

Zwischen 1979 und 1991 ersetzten Bund und Länder die flächendeckende Regelanfrage durch Einzelfallprüfungen oder schafften sie ganz ab.

Marita Körner: Das internationale Menschenrecht auf Arbeit, Völkerrechtliche Anforderungen an Deutschland, 2004, Deutsches Institut für Menschenrechte, EGMR Vogt/Deutschland, 26.09.1995 - 17851/91

25

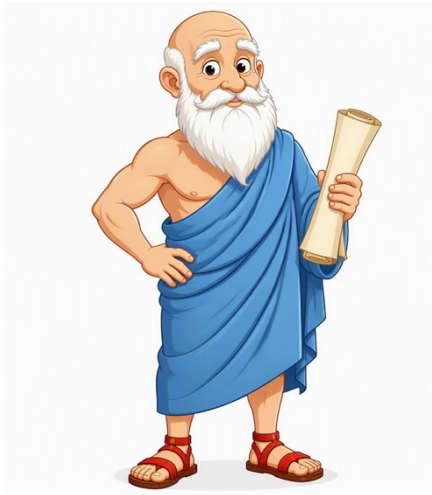
25

Noch eine persönliche
Bemerkung

26

26

In den 70ern wollte ich Philosoph werden



- Aus Interesse:
 - Philosophie
- Für Brot und Butter:
 - Mathematik

27

27

Meine erste Stelle an der Uni Karlsruhe



- CYBER 205 war die schnellste Rechnerarchitektur der Welt
- Beratung aller Projekte über die beste Anwendung
- Beste Promotionsbedingungen
 - Die neueste Rechnerarchitektur
 - Vielzahl von Anwendungen
- **Ein Glücksgriff!**

28

28

Nach einigen Monaten: Einbestellt zur Kanzlerin der Uni



- Fristgemäße Entlassung
- Sofortige Rückgabe der Schlüssel und Freistellung
- Begründung: Ich sei ein **Sicherheitsrisiko**
- Grundlage: Ein dickes Konvolut vom Verfassungsschutz

29

29

Ein Sicherheitsrisiko, weil ...



WE/SWEIL 26.1.1975 Kundgebung nach der Zustimmung von 887 Wyhlern Einweihern zum Golländervorverkauf

- ... ich beim Widerstand gegen das AKW Wyhl/Kaiserstuhl aktiv war
- ... ich stellv. ASTA-Vorsitzender an der Uni Konstanz für eine linke Studentengruppe war

30

30

Ein Sicherheitsrisiko, weil ...



- ... ich beim Widerstand gegen das Kernkraft Wyhl/Kaiserstuhl aktiv war
- ... ich stellv. ASTA-Vorsitzender in Konstanz für eine linke Studentengruppe war
- ... ich gegen die "Nachrüstung" aktiv war
- ... ich für die DKP für den Landtag kandidiert habe

Also: weil ich Grundrechte wahrgenommen habe

31

31

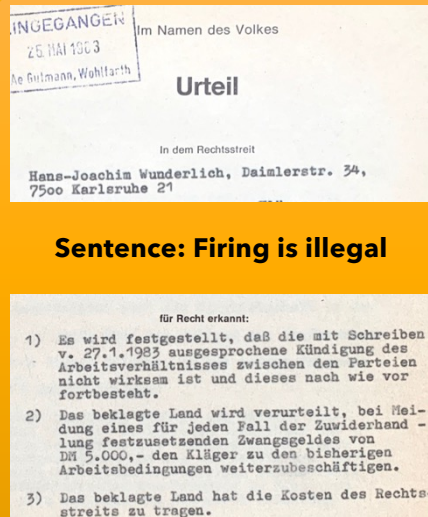
Eine Protestwelle



32

32

Eine Protestwelle



33

33

Berufsverbote 2.0

Hamburg (2026)

Einführung einer **Regelanfrage beim Verfassungsschutz** für Bewerber des öffentlichen Dienstes. Erkenntnisse aus dem bundesweiten NADIS-System werden routinemäßig abgefragt. Die Landesregierung betont, dass eine bloße Parteimitgliedschaft (z. B. AfD) nicht ausreicht; maßgeblich seien individuelle extremistische Aktivitäten. ([DIE WELT](#))

Brandenburg (seit 2024)

Einführung eines automatisierten **Verfassungstreue-Checks** vor Verbeamntungen. Innenminister René Wilke sprach sich trotz bislang weniger Fälle für die Fortführung und den Ausbau aus. ([DIE WELT](#))

Schleswig-Holstein (2026)

Gesetzesentwurf der schwarz-grünen Landesregierung: Neue Staatsbedienstete sollen künftig ebenfalls **routinemäßig durch den Verfassungsschutz** überprüft werden; zusätzlich sind erweiterte Zuverlässigkeitsprüfungen für sicherheitsrelevante Bereiche vorgesehen. ([DIE WELT](#))

Rheinland-Pfalz (2025)

Verschärfte Verfassungstreueerklärung für Bewerber des öffentlichen Dienstes. Mitgliedschaften oder Aktivitäten in als extremistisch eingestuften Organisationen sollen bei der Einstellung berücksichtigt werden. Das Land betont die Einzelfallprüfung. ([BILD](#))

34

34

Meilensteine der Repression



35

35

„Anti-Terror-Gesetze“

Wechselspiel:

RAF – Staatsgewalt

Werden heute zur Einschüchterung jedes demokratischen Widerstands verwendet

- Solidarität mit Palästina
- Klimaproteste
- Friedensbewegung

1974 Erstes Strafverfahrensreformgesetz

1976 Einführung des **§ 129a StGB** („Bildung terroristischer Vereinigungen“)

1977 Kontaktsperregesetz (Deutscher Herbst)

1977 Weitere Einschränkungen im Strafprozessrecht und Ausbau der Ermittlungsbefugnisse

36

36

Erweiterungen der Ermittlungs- und Überwachungsbefugnisse in mehreren Novellen

1. Intensivere Fahndung und Datenaustausch

- Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Polizei, Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt (BKA) und Bund und Ländern.
- Einführung und Ausbau zentraler Fahndungsdateien beim BKA.

2. Erweiterte Identitätsfeststellungen

- Häufigere Personenkontrollen an Bahnhöfen, Flughäfen und Grenzübergängen.
- Erleichterte Einrichtung von Kontrollstellen und Großfahndungen.

3. Telefonüberwachung

- Intensivere Telekommunikationsüberwachung
- Mehr gesetzliche Möglichkeiten für richterliche Anordnungen.

4. Postkontrolle

- Postsendungen konnten leichter überwacht oder beschlagnahmt werden.

5. Durchsuchungen und Beschlagnahmen

- Verstärkte und erleichterte Durchsuchungen von Wohnungen, Fahrzeugen und Treffpunkten.

6. Raster- und Computerfahndung

- Das BKA begann erstmals in größerem Umfang mit computergestützten Fahndungsmethoden.
- Personenbestände verschiedener Behörden wurden miteinander abgeglichen, (**Rasterfahndung**)

7. Kronzeugen und Unterstützerermittlungen

- Ermittlungen richteten sich zunehmend nicht nur gegen unmittelbare Täter, sondern auch gegen Unterstützer, Helfer und logistische Netzwerke.

BT-Drs. 11/3324

37

37



Kontaktsperregesetz

Vollständige Isolation

Unterbrechung von:

- Anwaltskontakten
- Briefen
- Telefonaten
- Besuchen

Bis heute eines der umstrittensten Sicherheitsgesetze der Bundesrepublik

38

38

Meilensteine der Repression



39

39

Das BKA-Gesetz von 2008

- BKA erhielt erstmals umfassende präventiv-polizeiliche Befugnisse
- Regelungen:
 - Online-Durchsuchungen
 - Quellen-TKÜ
 - Großer Lauschangriff
 - Langfristige Observation
 - Datenübermittlung
- Bundesverfassungsgericht 2016: Im Grundsatz zulässig, aber zahlreiche Regelungen unverhältnismäßig, zu unbestimmt und damit verfassungswidrig:
 - Unzureichender Schutz des Kernbereichs privaten Lebens
 - Unzureichender Schutz von Berufsgeheimnisträgern
 - Ungenügender Richtervorbehalt
 - Ungenügende Transparenz
 - Ungenügende Löschungspflichten
 - Ungenügende Einschränkung der Datenübermittlung
 - Vorfeldüberwachung unverhältnismäßig
 - „eine Gefährdung dieser Rechtsgüter hinreichend konkret absehbar ist.“

BVerfGE 141, 220 (20.04.2016)

40

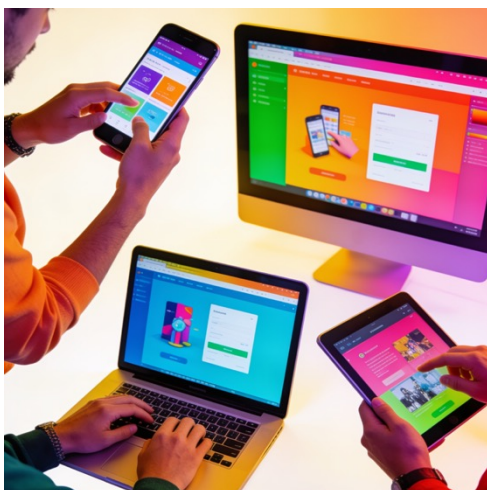
40

Einige Grundlagen im Zeitalter von KI und Internet

41

41

Hacker am Werk



- Der einfachste Fall –
Digitale Endgeräte:
 - Handy
 - Tablet
 - Laptop
 - Desktop
- Hacker:
 - Kriminelle
 - Staaten

42

42

Was ist das: Internet of Things (IoT) ?

- Physikalische Geräte, Fahrzeuge, Anwendungen, Systeme sind über das Internet verbunden
- Objekte mit Sensoren, Aktoren und Software
 - Mikro, Kamera, Lautsprecher, GPS, ...
- Daten werden geteilt und analysiert



43

43

Wie funktioniert das IoT?



44

44

IoT - Die perfekte Überwachung

- IoT-Geräte können genauso gehackt werden wie Endgeräte
- Schutz und Verschlüsselung unerlässlich



45

45

Was ist das: End-to-End-Verschlüsselung ?



- Auf den Endgeräten werden die Daten verschlüsselt.
- Die Cloud, der Server oder der Provider sieht nur die verschlüsselten Daten.
- Je nach Verschlüsselungstechnik ein sicheres Protokoll.
- Regierungen, EU-Kommission und staatsautoritäre Parteien denken sich als Gründe immer mehr Verbrechen aus, um E2E zu verbieten:
 - Chatkontrolle

46

46

Was ist das: Chatkontrolle?

- Provider dürfen die Chats mitlesen und mit KI auf verdächtige Inhalte prüfen.
 - Bis 3. April galt das als Ausnahmeregelung für Datenschutz.
 - Eine Verlängerung hat das EU-Parlament zweimal abgelehnt.
- Verfahrenstrick kurz vor Sommerpause:
 - Trotz relativer Mehrheit dagegen wurde Ausnahmeverlängerung angenommen



← Post

Martin Sonneborn @MartinSonneborn

Falls sich jemand fragt, wie Parlamentspräsidentin Metsola auf die fixe Idee gekommen sein könnte, die Chatkontrolle für heute, 12 Uhr, (rechtswidrig) noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen - hier ein paar Schnappschüsse von ihrer Kalifornienreise Ende Mai... Smiley!
Im Bild: US-Tech-Bros Zuckerberg, Töp von Google, Tim Cook, Roberta Metaxa



8:21 · 9. Juli 2026 · 247.618 Anzeigen

47

47

Was ist das: Quellen-TKÜ ?

- **Quellen-Telekommunikationsüberwachung:**
- Auf Endgeräten werden sog. „Staatstrojaner“ installiert.
 - Z.B. „Pegasus“ aus Israel
- Die Kommunikation wird ausgeleitet, bevor sie verschlüsselt wird.
- Möglichkeiten Staatstrojaner zu installieren:
 - Ausnutzung von Sicherheitslücken
 - Physikalischer Zugriff
 - Phishing
 - Infektion durch IoT-Geräte
 - SMS

- Rechtslage nach Bundesverfassungsgericht:
 - Nur bei schweren Straftaten (>3 Jahre)
 - Richterliche Anordnung
 - Verwendungsverbot weiterer Kenntnisse
 - Sichtung durch 3. unabhängige Seite
- Quellen-TKÜ führt zu unsicherer IT-Infrastruktur:
 - Der Staat nutzt Sicherheitslücken aus, anstatt sie zu schließen!
 - Werden dann von tatsächlichen Kriminellen verwendet.

48

48

Berufsverbände zu Quellen-TKÜ

	Gesellschaft für Informatik	Chaos Computer Club
Grundrechte	Quellen-TKÜ unzulässiger Eingriff in Privatsphäre und Fernmeldegeheimnis.	„Schwerwiegende Fehlentwicklung“ und rechtsstaatlicher Sackgasse beim Einsatz von Staatstrojanern.
IT-Sicherheit	Warnt, dass Offenhalten und Beschaffung von Sicherheitslücken Bürger und Unternehmen schutzlos machen.	Betont, dass geheim gehaltene Lücken und staatliche Schadsoftware die innere und globale IT-Sicherheit erheblich schwächen.
Gesetzgebung	Kritisiert Eilverfahren und „draufsatteln“ komplexer Überwachungsinstrumente ohne breite öffentliche Diskussion.	Kritisiert Normalisierung von Quellen-TKÜ für einen breiten Straftatenkatalog und fordert Rücknahme der gesetzlichen Erlaubnis.

49

49

Überwachung damals und heute



50

50

Was ist das: Online-Durchsuchung ?

- **Definition:** Ein heimlicher Zugriff der Behörden auf ein informationstechnisches System, um es zu überwachen, zu steuern und gespeicherte Inhalte (Dateien, Chatverläufe, Protokolle) auszulesen.
- **Technik:** „Staatstrojaner“, also Spähsoftware, die heimlich auf dem Gerät installiert wird und Daten an die Behörde übermittelt.
- **Können die Steuerung der (IoT-) Geräte übernehmen!**
- BVerfG - Urteil zum BKA-Gesetz (2016)
 - Ein weit schwerer Eingriff als Quellen-TKÜ
 - Der Gesetzgeber muss durch technische und rechtliche Vorkehrungen sicherstellen, dass **höchstpersönliche** Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung entweder **gar nicht erst erfasst** oder **frühzeitig herausgefiltert** und **gelöscht** werden.
 - Betont insbesondere den Schutz Dritter.
- BVerfG fordert damit KI-Einsatz zum Schutz der Privatsphäre!
- Es geht nicht nur um Verbot der Weiterverwendung, sondern um Verbot der Erfassung!

51

51

Was ist das: Palantir ?

- „Enterprise Operating System“ für datengetriebene Organisationen
 - Gemeinsamen Architektur für Datenintegration, Modellierung der realen Welt (**Ontologie**), Analytik und **operative Anwendungen**.
- Genutzt
 - Um komplexe Operationen zu planen (Militär, Polizei, Katastrophenschutz),
 - Um kritische Infrastruktur und Lieferketten zu steuern
 - Für KI-gestützte Entscheidungen im Tagesgeschäft großer Unternehmen.



Besteht aus vier Hauptpaketen:

- Foundry
- AIP (Artificial Intelligence Platform)
- Gotham
- Apollo

52

52

Die vier Hauptpakete von Palantir

Foundry

- Baut die Ontologie (Modell der Welt) aus vielen Dateien, Datenbanken, Sensormonitoren (IoT), ...

AIP (Artificial Intelligence Platform)

- KI-Plattform, welche KI mit Ontologie verbindet. Bietet Werkzeuge zum Bau von Agenten, Automatisierung und KI-Anwendungen.

Gotham

- Für Sicherheitsbehörden, Militär und Nachrichtendienste
- Führt Daten aus vielen Quellen (Geodaten, Meldedaten, Ermittlungsakten, Sensoren usw.) in einer Oberfläche zusammen
- Markiert Personen, Objekte, Ereignisse und Beziehungen und unterstützt Lagebilder, Ermittlungen und Einsatzplanung.
- Erlaubt „Predictive Policing“

Apollo

- Für Installation, Ausrollen und unterbrechungsfreies Update der Programmpakete

53

53

Aus der Geschichte von Palantir

- 2003 von Peter Thiel, Alex Karp u.a. gestartet
 - Ableger von Paypal.
 - Eine „Schufa“ für Paypal.
- Analysewerkzeuge für US-Geheimdienste und Sicherheitsbehörden
 - Kapital von CIA-nahen Fonds In-Q-Tel.
- US-Finanzverwaltung
- „Metropolis“ für Banken und Fonds

Wichtige Einsätze:

- Militär und Geheimdienste
 - Afghanistan, US-Dienste, europäische Dienste
- Einwanderungsbehörde ICE
- COVID-19
- Ukraine
 - Gotham, AIP und weitere Werkzeuge liefern Lagebilder aus Drohnen-, Satelliten- und Frontdaten,
 - unterstützen Zielauswahl, Artillerieeinsatz und Datensammlung
- Iran: Mit Anthropic Auswahl der Ziele
 - Ca 170 Grundschülerinnen ermordet

54

54

„Verfahrensübergreifende Recherche- und Analyseplattform“ (VeRA)

- Baut auf Palantir auf
- Bundesländer:
 - Bayern unter dem Namen VeRA
 - Hessen
 - NRW
 - Baden-Württemberg
 - Grünen-Basis hat sich in Abstimmung klar dagegen ausgesprochen
- „Bundes-VeRA“:
 - Innenministerium hat BKA und Bundespolizei Nutzung untersagt
 - Analysewerkzeug soll „in eigener digitaler Kompetenz“ entwickelt werden

55

55

Verfassungsgericht und GI

- **Verfassungsgericht** stuft automatische Datenanalyse als besonders schweren Eingriff in informationelle Selbstbestimmung ein.
 - Forderungen:
 - Hohe Eingriffsschwelle
 - Begrenzung der Datenmengen
 - Beschränkung der Methoden
 - Schränkt KI ein
 - Hessen (§ 25a HSOG) und Hamburg (§ 49 HmbPolDVG) zur automatisierten Datenanalyse wurden als verfassungswidrig eingestuft.
- Aus **GI-Sicht** sind für den Einsatz von Palantir- oder ähnlichen Plattformen in Polizei mindestens nötig:
- Kein Ausnutzen geheimer Sicherheitslücken für Datenzugriff und Überwachung.
 - Strenge Begrenzung der einfließenden Daten (keine breitflächige Einbeziehung Unbeteiligter), klare Zweckbindung und verfassungsfeste Rechtsgrundlagen.
 - Transparente, kontrollierbare Analyseverfahren und offene, nachvollziehbare Software statt geschlossener proprietärer Systeme.

56

56

8.7.26: CDU/CSU/SPD beschließen automatische Gesichtserkennung

Junge Welt 9.7.2026



Foto: Stefan Boness/IPON

- „Befugnisse zur automatisierten Datenanalyse,
- für den biometrischen Internetabgleich
- sowie das Testen und Trainieren von IT-Produkten für die Polizeibehörden des Bundes,
- sowohl für die Gefahrenabwehr als auch die Strafverfolgung“

57

57

Gesichtserkennung und Datenanalyse

- **Deutscher Anwaltverein:** „digitale Überwachungs dystopie“
- **NGO:** 167.000 Unterschriften dagegen
- **Grüne:** „bestenfalls durch eine Eigenentwicklung, jedenfalls ohne Mitwirkung nicht vertrauenswürdiger Hersteller im nichteuropäischen Ausland wie Palantir“
- **Die Linke:** Verbot »automatisierter Gesichtserkennungssysteme zu Zwecken der Identifizierung von Personen im öffentlichen Raum sowohl durch staatliche Stellen als auch durch private Anbieter«.
- **BSW:** Noch keine Stellungnahme, aber: Landtagswahlprogramm BW:

„Ermächtigungsgrundlagen mit besonders hoher Eingriffstiefe – wie die **KI-basierte Auswertung von Bestandsdaten oder der automatisierte Datenabgleich** – sind nur da erforderlich, wo unsere Gesellschaft vor extremistischen, terroristischen oder schwersten Straftaten geschützt werden muss.“

58

58

Was ist "Extremismus"?

- **Ein politischer Kampfbegriff!**
- Kommt im Strafgesetzbuch in keinem Paragraphen vor!
- Wird von Regierungsinstitutionen definiert.
- Hängt von gesellschaftlichem Diskurs ab.
 - 1972 war Kampf um die ehemals deutschen Ostgebiete mit Russland "extremistisch"
 - Seit 2022 ist Forderung nach Verhandlungen mit Russland extremistisch
- NRW will Erwerb von Immobilien durch "Extremisten" verbieten.
 - Starker Protest durch stellv. BSW Landesvorsitzende Anabella Peters

59

59

Was ist "Extremismus"?

- Aber im Landtagswahlprogramm des BSW Baden-Württemberg:
 - „wir wollen unsere Polizisten auf Augenhöhe mit kriminellen, terroristischen und extremistischen Strukturen bringen“.
- Die SDAJ spielt im derzeitigen Kampf gegen die Wehrpflicht eine wichtige Rolle!
 - Schulstreiks
- Wird offiziell als extremistisch bezeichnet:
 - Verfassungsschutzbericht 2024 des Bundes:
 - Verfassungsschutzbericht 2024 von Schleswig-Holstein:
 - Verfassungsschutzbericht 2023 von Rheinland-Pfalz:
 - Landtagsdrucksache Rheinland-Pfalz 18/12627:
 - Landtagsdrucksache Schleswig-Holstein 19/189:
- **Sollen die Schülerstreiks Opfer von Online-Durchsuchungen und Datenabgleich werden?**

Transparenzhinweis: Der Redner war Anfang der 70er Jahre Vorsitzender der SDAJ Emmendingen/Kaiserstuhl. 60

60

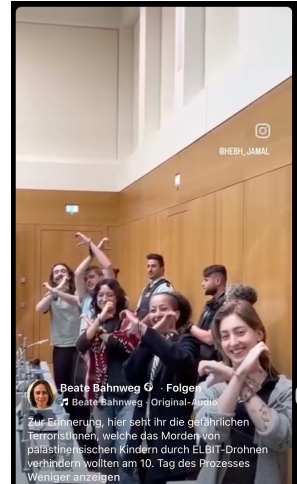
Follow-Ups

Grundsatzerklärung der BSW-Bundesparteivorsitzenden:

- „europäische Software“ statt Palantir
- „Weiterverwendungsverbot“ statt Erfassungsverbot
- „Extremistischer Gewalt“ statt einfach Extremisten

<https://bsw-vg.de/klare-linie-fuer-neue-polizeigesetze-sicherheit-ja-ueberwachungsstaat-nein/>

- Protestaktion der "Ulm 5" gegen den israelischen Rüstungskonzern Elbit
- Ostermarschsprecher haben sich solidarisch erklärt:
 - "Aktive Abrüstung"
- Soll die Ostermarschbewegung KI-überwacht werden?



61

61

Follow-Ups

Grundsatzerklärung der BSW-Bundesparteivorsitzenden:

- „europäische Software“ statt Palantir
- „Weiterverwendungsverbot“ statt Erfassungsverbot
- „Extremistischer Gewalt“ statt einfach Extremisten

<https://bsw-vg.de/klare-linie-fuer-neue-polizeigesetze-sicherheit-ja-ueberwachungsstaat-nein/>

Heinrich Böll 1983 bei der Blockade der Kaserne in Mutlangen gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen



Barbara Klemm, Heinrich Böll, Demonstration gegen Stationierung von Mittelstreckenraketen, Mutlangen, 1983, Silbergelatine-Barytpapier, Städtische Galerie im Lenbachhaus und Kunstbau München, 62 Sammlung KiCo, © Barbara Klemm

62

Follow-Ups

Friedrich Zimmermann (1925-2012) [Bearbeiten]

deutscher Politiker (CSU)

Zitate mit Quellenangabe [Bearbeiten]

Zugeschrieben [Bearbeiten]



Friedrich Zimmermann (1990)

- "Gewaltloser Widerstand ist Gewalt." - am 13.7.1983 vor dem Grenzschutzkommando Mitte. Frankfurter Rundschau, 14.7. 1983;

https://de.wikiquote.org/wiki/Friedrich_Zimmermann

Heinrich Böll 1983 bei der Blockade der Kaserne in Mutlangen gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen



Barbara Klemm, Heinrich Böll, Demonstration gegen Stationierung von Mittelstreckenraketen, Mutlangen, 1983, Silbergelatine-Barytpapier, Städtische Galerie im Lenbachhaus und Kunstbau München, 63 Sammlung KiCo, © Barbara Klemm

63

"Unter dem Strich ein Desaster"

„Um das Schlimmste zu verhindern“:

- Überwachungssoftware nicht aus USA
- Keine Taser

NETZPOLITIK.ORG

Wir bleiben dran, wo andere aufgeben. **Mit deiner Unterstützung. Jetzt spenden!**

Smartphones hacken, Gesichter scannen

CDU, SPD und BSW wollen Überwachung in Sachsen ausweiten

Die Polizei in Sachsen soll Menschen umfangreicher überwachen dürfen als je zuvor. BSW, CDU und SPD einigen sich auf die vielfach kritisierte Novelle des Polizeirechts. Entschärft wurde wenig. Opposition und Zivilgesellschaft haben kaum noch Zeit. Wir veröffentlichen den gemeinsamen Änderungsantrag der drei Fraktionen.



Leonhard Pitz

05. Juni 2026, 12:13 Uhr

□ 4

64

64

NETZPOLITIK.ORG

Wir bleiben dran, wo andere aufgeben. **Mit deiner Unterstützung. Jetzt spenden!**

Trat am 1. Juli 2026 in Kraft:

- eine Datenanalyse-Plattform, die ähnlich wie Palantir Gotham funktionieren aber nicht von Palantir kommen soll;
- Staatstrojaner für die Quellen-TKÜ;
- KI-gestützte Videoüberwachung zur Nachverfolgung über mehrere Kameras, Erkennung von Verhalten, gefährlichen Gegenständen und Gesichtern (biometrische Fernidentifizierung);
- Systeme, die Gesichter und Stimmen biometrisch mit Internetdaten abgleichen;
- verdeckte Kennzeichenscanner.

SächsGVBl. 2026 Nr. 8, S. 190

Leonard Pitz

05. Juni 2026, 12:13 Uhr

□ 4

65

65

Beispiel: Kennzeichenüberwachung in den USA

Zeitraum	Offizielle Begründung	Politischer Kontext	Nachweisbare spätere Nutzung
1970er-1980er	Erste Verfahren zur Verkehrsüberwachung	Digitalisierung der Polizei	Verkehrsmanagement
1990er	Auffinden gestohlener Fahrzeuge	steigende Kfz-Kriminalität	Fahndung nach Fahrzeugdiebstählen
ab 2001	Terrorismusbekämpfung nach 9/11	Patriot Act, Homeland Security	Terrorismus- und Fahndungsdatenbanken
2005-2015	Ausbau lokaler Polizeinetze	sinkende Kosten digitaler Kameras	Massenspeicherung von Fahrzeugbewegungen
2017-2024	Flock Safety: „Safer Communities“	Smart-City-Konzepte	landesweite Vernetzung zehntausender Kameras
2025	weiterhin: gestohlene Fahrzeuge, Vermisste	verschärfte Einwanderungspolitik	ICE nutzt lokale Polizeizugänge für Einwanderungsermittlungen

66

66

Beispiel: Kennzeichenüberwachung in den USA

Zeitraum	Offizielle Begründung	Politischer Kontext	Nachweisbare spätere Nutzung
1970er-1980er	Erste Verfahren zur Verkehrsüberwachung	Digitalisierung der Polizei	Verkehrsmanagement
1990er	Auffinden gestohlener Fahrzeuge	steigende Kfz-Kriminalität	Fahndung nach Fahrzeugdiebstählen
ab 2001	Ein texanisches Sheriffbüro nutzte das landesweite ALPR-Netz mit über 83.000 Kameras, um eine Frau nach einer Abtreibung aufzuspüren. 404 Media, 29.05.2025; Electronic Frontier Foundation, 30.05.2025, Update 07.10.2025		
2005-2015			
2017-2024			
2025	weiterhin: gestohlene Fahrzeuge, Vermisste	verschärfte Einwanderungspolitik	ICE nutzt lokale Polizeizugänge für Einwanderungsermittlungen

67

67

Vergleich: Deutschland

Ursprünglicher Zweck	spätere Nutzung
Rasterfahndung gegen RAF	Gegen kriminelle Vereinigungen
Telefonüberwachung	Internet- und Messengerüberwachung
Kennzeichenerfassung	Maut, Fahndung, Bewegungsanalysen
Polizeigesetze gegen Terrorismus	später auch organisierte Kriminalität, Solidarität mit Palästina u.a.
ALPR gegen Autodiebstahl	Einwanderung, Demonstrationen, Bewegungsprofile

68

68

ChatGPT kritisiert Massenüberwachung

„erzeuge eine hochwertige Illustration über die Massenüberwachung mit Kameras, insbesondere auch über die Kennzeichenerfassung“



69

69

NETZPOLITIK.ORG

Wir bleiben dran, wo andere aufgeben. **Mit deiner Unterstützung. Jetzt spenden!**

Smartphones hacken, Gesichter scannen

„Unter dem Strich... Des...“

„Um das Sch... verhindern“

- Überwa... nicht au...
- Keine Ta...

KI-basierte Quellen-TKÜ, präventive biometrische Überwachung und agentische KI zur Daten-Sammlung und -Analyse bedrohen Bürgerrechte und dienen der Kriegsvorbereitung!

wachen
e vielfach
nig,
Wir
drei



Leonhard Pitz

05. Juni 2026, 12:13 Uhr

□ 4

70

70

Eine Bemerkung zur EU

- Entwicklung EU-weiter Überwachungssoftware kann keine Alternative sein
 - Löst das grundsätzliche Problem nicht
 - Palantir wird von den US-Diensten in Deutschland eingesetzt und nutzt deutschen Diensten
- Repressionsverschärfungen durch bekanntes Wechselspiel zwischen Regierungen und EU
- Cyberwaffen in den Händen des EU-Rats oder der EU-Kommission gefährden die Demokratie

»Die tiefere Funktion der EU besteht im systematischen Transfer von Macht – weg von demokratischen Nationalstaaten und hin zu elitären, oligarchischen Interessen.«

Thomas Fazi

im Interview mit Eva Pöhl für *Hintergrund, Das Nachrichtenmagazin*

71

71

Meilensteine der Repression



72

72



Was bedeuten „Hass und Hetze“?

Hass und Hetze sind keine Straftatsbestände

- Beziehen sich aber auf Beleidigungen und Volksverhetzung
- „Cancel Culture“
- NGO Meldestellen
- Einschüchterung
- Eingrenzung des Meinungsspektrums

73

73

Netzwerkdurchsetzungsgesetz

- „Soziale Netzwerke“ sollten strafbare Inhalte schneller entfernen.
- Begründung:
 - Durchsetzung des Strafrechts
 - Verpflichtung zu funktionierendem Beschwerdesystem
- Wesentliche Regelungen:
 - Bußgelder gegen Plattformen
 - Offensichtlich rechtswidrige Inhalte in 24 Stunden entfernen
 - Rechtswidrige Inhalte in 7 Tagen prüfen
- Konsequenzen:
 - Privatisierung der Rechtsdurchsetzung
 - Overblocking und Eingriff in Meinungsfreiheit
 - Unzureichende Rechtsmittel, wenn zu Unrecht gelöscht
 - Inzwischen überlagert von EU-Recht

Zensur wird privatisiert!

74

74

EU: Der „Digital Services Act“ (DSA) 2024

„Trusted Flagger“:

- Meldestellen
 - Plattformen (Facebook, Instagram, X, TikTok,...) müssen deren Hinweise bevorzugt behandeln
 - Privatisierung der Rechtsdurchsetzung
 - Nicht Gerichte entscheiden über Löschungen
- Staat entscheidet über Moderation
 - „Overblocking“
 - Schwammige Begründungen
 - „systemische Risiken“,
 - „Desinformation“,
 - „gesellschaftliche Risiken“

75

75

§188: Revival der „Majestätsbeleidigung“

Bei Politikerbeleidigung bis zu 3 Jahre Freiheitsstrafe oder Geldstrafe

- Äußerung gegen Person des politischen Lebens
 - Öffentlich
 - Zusammenhang mit politischer Stellung
 - Geeignet, deren öffentliches Wirken erheblich zu erschweren.
- Personen mit politischer Macht stärker geschützt als Staatsbürger
 - Schreckt von politischer Kritik ab
 - Kunst und Satire werden eingeschränkt
 - Anzeigen in großem Umfang



76

76

Meister der Strafanzeigen

Person	Von der Person bzw. ihrem Ressort veranlasst	Sonstige Ermittlungen ohne eigene Anzeige
Robert Habeck	805 Strafanzeigen , 26.9.2021 bis August 2024	keine Gesamtzahl veröffentlicht
Annalena Baerbock	513 Strafanzeigen , Dezember 2021 bis August 2024	keine Gesamtzahl veröffentlicht
Marie-Agnes Strack-Zimmermann	etwa 1.800-1.900 dokumentierte Fälle ; zeitweise 200-250 Anzeigen monatlich	keine belastbare Gesamtzahl veröffentlicht
Friedrich Merz	vor Zeit als Kanzler offenbar mehrere hundert Strafanträge ; keine exakte bestätigte Gesamtzahl	als Kanzler bis Ende 2025 mehr als 170 Kontaktaufnahmen durch Polizei/Staatsanwaltschaft; Merz stellte in diesen Fällen keinen Strafantrag, widersprach der Verfolgung aber auch nicht

77

77

Einschüchterung durch Ermittlungsverfahren

Die Interviewerin Sharyn Alfonsi fragt:

"How do people react when you take their phones from them?"

Frank-Michael Laue antwortet:

"They are shocked."

Darauf Alfonsi:

"Why do you do that?"

Laue:

"It's a kind of punishment if you lose your smartphone. It's even worse than the fine you have to pay."



78

78

Denunziation vergiftet soziales Klima

- Staatliche und staatlich geförderte Meldestellen, u.a.:
 - **Hessen gegen Hetze** (Hessisches Innenministerium),
 - **REspect!** (Jugendstiftung Baden-Württemberg; staatlich gefördert und Kooperationspartner des BKA),
 - die **Landesmedienanstalten**,
 - die **Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet** der Staatsanwaltschaft Göttingen (hassanzeigen.de),
- Auch für Meldungen unterhalb der Strafbarkeit!
 - Wie lange werden sie gespeichert?
 - Werden sie anonymisiert?
 - Werden sie für statistische Zwecke verwendet?
 - Werden personenbezogene Daten gelöscht?
 - Können sie für Schulungen oder Lagebilder genutzt werden?

79

79

Meilensteine der Repression



80

80

Imperialismus bedeutet:
**Aggression nach außen -
 Repression nach innen**

81

81

Stetige Erweiterung des Sanktionsregimes

Politische Maßnahmen mit teilweise gravierenden Grundrechtseingriffen ohne vorheriges Gerichtsverfahren

Rechtsschutz erfolgt oft erst nach Monaten oder Jahren, während die Sanktionen bereits voll wirksam sind

Vermögenssperren, Berufs- und Reiseverbote oder Medienverbote haben ähnlich einschneidende Wirkungen wie Strafen

- Ursprünglich vor allem Finanz-, Handels- und Reisebeschränkungen
- Erweitert auf Informations- und Medienmaßnahmen
- Jetzt auch Individualsanktionen gegen Journalisten, Blogger oder andere Einzelpersonen

82

82

Das EU-Sanktionsregime

Wer verhängt Sanktionen?

- Rat der EU (Ministerrat)
 - Einstimmig Beschluss der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)
 - Danach EU-Verordnung, die in allen Mitgliedsstaaten unmittelbar gilt
- Weder EU-Parlament noch nationale Parlamente beteiligt

Was wird verhängt?

- Einreiseverbote,
- Einfrieren von Vermögen,
- Bereitstellungsverbote für Gelder,
- Export- und Importverbote,
- Finanzsanktionen,
- Flugverbote,
- Medienverbote (z. B. RT, Sputnik),
- sektorale Wirtschaftssanktionen
- u.a.m

Gegen wen werden sie verhängt?

- Staaten,
 - Unternehmen,
 - Organisationen,
 - Politiker,
 - Militärangehörige,
 - Journalisten,
 - Unternehmer,
 - Privatpersonen,
- unabhängig ob EU-Bürger oder nicht

83

83

1.3.2022: Medienverbote

Auf Sanktionsliste:

- RT English
- RT UK
- RT Germany
- RT France
- RT Spanish
- Sputnik

Auf dieser Grundlage wurden

- die Sendelizenzen ausgesetzt,
- die Verbreitung untersagt über
 - Kabel, Satellit, IPTV,
 - Internetprovider,
 - Video-Plattformen
 - Apps.

84

84

2.7.2026: Verschärfung der Zensur durch EuGH – Wer macht sich bei Verstoß strafbar?

2022

Kabelnetzbetreiber

Satellitenbetreiber

Internetprovider

Plattformen

EuGH 2026

auch private Webseitenbetreiber

auch spendenfinanzierte Blogs

auch natürliche Personen als „Betreiber“

unabhängig von Gewinnerzielungsabsicht

85

85

Individualsanktionen



3 Beispiele

- Nathalie Yamb (Schweiz-Kamerun)
- Jacques Baud (Schweiz)
- Hüseyin Dogru (Deutschland)

86

86

Nathalie Yamb

Schweizer/kameruner Aktivistin, insbesondere gegen die neo-koloniale Politik Frankreichs in Afrika.

Nach Kritik an Regierung der Elfenbeinküste in die Schweiz ausgewiesen (2019)

Teilnahme an Afrika-Konferenz in Sotschi (2019)

Nach Kritik an Frankreich Einreiseverbot (2022)

2025: Ziel von Sanktionen des EU-Rats



- Einfrieren des Vermögens in EU
- Reiseverbot im Schengenraum
 - Kann nicht mehr an ihren Wohnsitz (Zug) zurück
- Verbot, ihr Geld und Ressourcen zur Verfügung zu stellen

87

87

Offizielle Begründung des Rats

Nathalie Yamb

- habe seit dem Russland-Afrika-Gipfel 2019 in Sotschi Russland offen unterstützt,
- die Narrative Moskaus übernommen,
- insbesondere Frankreich und den Westen mit dem Ziel angegriffen, sie aus Afrika zu verdrängen,
- unterhalte Kontakte zu **AFRIC**, einer Organisation mit Verbindungen zu russischen privaten Militärunternehmen,
- und beteilige sich an **Informationsmanipulation** zugunsten der russischen Regierung.

88

88

Jacques Baud

Ehemaliger Schweizer Oberst und Nachrichtendienstanalyst

- Fachmann für Friedensmissionen, Terrorismus, Kleinwaffen, Minenräumung

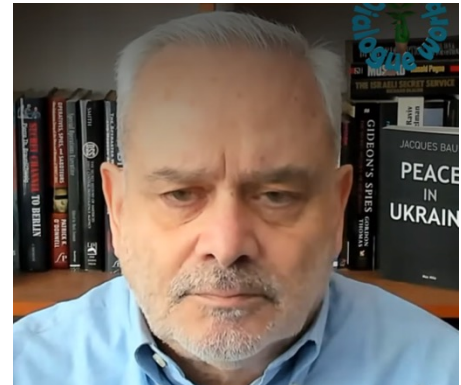
Tätig für UN, Afrikanische Union, NATO

Seit dem Ausscheiden aus dem Dienst Buchautor

- Geheimdienste, Terrorismus, Russland, Ukraine, westl. Sicherheitspolitik

Westl. Regierungen und Medien würden:

- nachrichtendienstliche Informationen politisieren,
- gegnerische Handlungen verkürzt darstellen,
- eigene strategische Fehler ausblenden,
- Propaganda und Tatsachenanalyse vermischen.



- Einfrieren des Vermögens in EU
- Reiseverbot im Schengenraum
 - Kann nicht mehr in die Schweiz zurück
- Verbot, ihm Geld und Ressourcen zur Verfügung zu stellen

89

89

Die EU-Vorwürfe

- Jacques Baud trete regelmäßig in „pro-russischen“ Fernseh- und Radioprogrammen auf.
- Er fungiere als Sprachrohr prorussischer Propaganda.
- Er verbreite Verschwörungstheorien, beispielsweise indem er behaupte, die Ukraine habe ihre Invasion selbst herbeigeführt, um der NATO beizutreten.
- Er unterstütze Informationsmanipulation und Einflussnahme zugunsten Russlands und untergrabe die Sicherheit der Ukraine

Tatsache:

- Baud verwendet nur westliche Quellen
- Baud trat nicht in russischen Medien auf

90

90

Regierungssprecher Martin Giese (AA)

„... da ist auch klar geworden, dass Menschen, die so etwas tun, sanktioniert werden können, ... Das ist an diesem Montag geschehen, das wird auch weiterhin geschehen, das ist in der Vergangenheit geschehen, und **alle, die auf diesem Feld unterwegs sind, müssen damit rechnen, dass es auch ihnen passieren kann.**“

91

91

Hüseyin Dogru

Deutscher Journalist, Berlin

Seit etwa **2009/2010** journalistische Tätigkeit mit Schwerpunkt auf:

- soziale Bewegungen,
- Türkei und Kurdistan,
- internationale Politik,
- später Naher Osten und internationale Konflikte.

In den Ratsmitteilungen wird Dogru fälschlich als Türke bezeichnet



- Einfrieren des Vermögens in EU
- Reiseverbot im Schengenraum
- Verbot, ihm Geld und Ressourcen zur Verfügung zu stellen

92

92

Hüseyin Dogru

- **Mitgründer von Redfish** (ab 2017), das zum Medienunternehmen **Ruptly** gehörte, das wiederum Teil des RT-Netzwerks war.
- Nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine **beendete er seine Tätigkeit für Redfish.**
- **Anfang 2023 Gründung von „red.“ (Red Media)**, betrieben von **AFA Medya A.Ş.**. Vor allem Reportagen über:
 - den Gaza-Krieg,
 - Palästina,
 - internationale Protestbewegungen,
 - soziale Konflikte,
 - Antirassismus,
 - Arbeitskämpfe und internationale Politik.

Begründung der Sanktionen:

- Gründer von **Red**.
- Red habe **enge finanzielle und organisatorische Verbindungen zur russischen Staatspropaganda.**
- Red habe **„systematisch falsche Informationen über politisch kontroverse Themen“** verbreitet, um „ethnische, politische und religiöse Zwietracht“ zu säen.
- Bei Berichterstattung über pro-palästinensische Universitätsproteste habe Red den Besetzern eine exklusive Medienplattform geboten und dadurch gewaltsame Proteste indirekt erleichtert.
- Daher unterstütze Doğru die russische Regierung, um Stabilität und Sicherheit der Union untergraben.

93

93

Konsequenzen für Hüseyin Dogru

- Die Bundesbank erlaubt ihm monatlich Zugriff auf 506 € seines Vermögens
- Bei Sanktionierung war Frau im 7. Monat mit Zwillingen schwanger
- Krankenkasse wollte Unterstützung bei Risikoschwangerschaft verweigern
- Auch das Konto der Frau wurde sanktioniert
 - Per Gerichtsurteil vorläufig aufgehoben
 - Bank hat sich auch an Großmutter gewandt

Erhebliche Schwierigkeiten,

- Miete und Strom,
- Lebensmittel,
- Windeln und Medikamente zu bezahlen.

Unterstützungsleistungen aus persönlichem Umfeld können als Umgehung der Sanktionen gewertet werden

- **Befürchtung: Jugendamt kann ihnen deshalb ihre drei Kinder entziehen**

94

94

15.1.2026: „Sanktionsbegleitungsgesetz“

- Das Gesetz setzt die **EU-Richtlinie (EU) 2024/1226** in deutsches Recht um.
- zahlreiche bisherige **Ordnungswidrigkeiten werden Straftaten**,
- Erweiterung der Strafbarkeit insbesondere im Außenwirtschaftsgesetz (§§ 18, 19 AWG),
- Strafbarkeit u. a. bei Verstößen gegen
 - Finanz- und Zahlungsverbote,
 - Investitionsverbote,
 - Bereitstellungsverbote,
 - Ein- und Ausfuhrverbote,
 - Dual-use-Güter,
- erhebliche Ausweitung der Unternehmenshaftung,
- deutlich höhere Geldbußen für Unternehmen.

- Bundestagsverwaltung:
„Im Grunde können künftig nahezu alle Verstöße gegen EU-Sanktionen zumindest strafrechtliche Ermittlungen auslösen.“
- Strafrahmen für natürliche Personen:
 Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren

95

95

Denunziation als „Jedermannspflicht“

- **Neue strafbewehrte Meldepflicht (§ 18 Abs. 5a AWG)**
- Wer **berufsbedingt** Kenntnis über eingefrorene Vermögenswerte oder entsprechende Verstöße erhält,
- muss diese Informationen an die zuständige Behörde melden.
- **Unterlassene Meldung:**
 - Geldstrafe oder
 - Freiheitsstrafe bis **1 Jahr**.

Abstimmung im Bundestag

CDU/CSU	Ja
SPD	Ja
AfD	Nein
Bündnis 90/Die Grünen	Enthaltung
Die Linke	Enthaltung

96

96

Meilensteine der Repression



Max Reimann, KPD-Vorsitzender, 23. Mai 1949

„Sie, meine Damen und Herren, haben diesem Grundgesetz, mit dem die Spaltung Deutschlands festgelegt ist, zugestimmt. Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben!“ [\[1\]](#)

97

97

... und was folgt daraus?

- Seit 1949 sind Grundrechte ständig angegriffen und abgebaut worden
- Überwachung und Repression sind Teil der Kriegsvorbereitungen und Militarisierung
- Die EU betreibt den Abbau der Grundrechte und schützt sie nicht
- Der Kampf gegen Repression ist am wirksamsten international geführt
- **In linken und fortschrittlichen Gruppierungen existiert kaum noch Bewusstsein über den Charakter des Staates**

98

98



Schulstreik in Berlin, Matthias Berg, <https://www.flickr.com/photos/matthiasberg/> CC BY-NC-ND 4.0